
Langzeitarbeitslose brauchen einen sozialen Arbeitsmarkt

- Das größte ungelöste Problem für die Arbeitsmarktpolitik ist die sich verfestigende Langzeitarbeitslosigkeit, obwohl die Arbeitslosigkeit in den letzten Jahren durch die gute Arbeitsmarktlage rückläufig war.
- Die offizielle Statistik der Bundesagentur bildet nur einen Teil der Realität ab. Die schädlichen Unterbrechungen der Langzeitarbeitslosigkeit, die große Anzahl der Arbeitslosen in der Unterbeschäftigung und die ältere Arbeitslose, die aus der Statistik gedrängt werden, müssen berücksichtigt werden.
- Viele Langzeitarbeitslose erleben ihre Realität als perspektivlos und fühlen sich von Politik vergessen / erleben eine Politik, die sich nicht mehr um sie kümmert
- In immer mehr Fällen wenden sich Langzeitarbeitslose von den etablierten Parteien ab und treten als „Protestwähler“ auf
- Politik muss für Langzeitarbeitslose erkennbare Teilhabeangebote schaffen, damit auch diese Menschen sich in ihrer Würde als vollwertige Mitglieder fühlen. Teilhabeangebote sind ein geeignetes Mittel, um diese Menschen wieder in unsere gesellschaftlichen Prozesse zu integrieren
- Das zentrale Instrument zur Überwindung der Langzeitarbeitslosigkeit ist die öffentlich geförderte Beschäftigung, die für viele Menschen eine Teilhabe an Arbeit und am gesellschaftlichen Leben ermöglicht.
- Die Finanzierungsmethode des Passiv-Aktiv-Transfer macht öffentlich geförderte Beschäftigung finanzierbar. Die Betroffenen und ihre Familien müssen ein Signal bekommen, dass ihnen, wie auch anderen Gruppen, eine menschenwürdige soziale Teilhabe ermöglicht wird.
- Stadt- und Landkreise und ihre kreisangehörigen Gemeinden müssen in Ihren Bemühungen unterstützt werden, soziale Ausgrenzung und Ghettoisierung zu vermeiden und zu überwinden.

Auch Baden-Württemberg braucht einen sozialen Arbeitsmarkt

Nach neuesten Zahlen¹ besteht für Arbeitslose in Baden-Württemberg ein Armutsrisiko von 54 % gegenüber einem durchschnittlichen Armutsrisiko in der Gesamtbevölkerung von 14,7 % und bei vollzeitbeschäftigten Erwerbstätigen von nur 4,3 %. Der neue „Armuts- und Reichtumsbericht Baden-Württemberg“ hat zum ersten Mal das allgemeine Armutsrisiko von Arbeitslosen nach der Dauer der Arbeitslosigkeit differenziert und dabei festgestellt, dass Langzeitarbeitslose ein Armutsrisiko von 70% und nach zweijähriger Arbeitslosigkeit sogar von fast 75 % haben. Die monatlichen Arbeitsmarktzahlen vermelden aktuell über 65.000 Langzeitarbeitslose in Baden-Württemberg, die von einem entsprechend hohen Armutsrisiko betroffen sind. Und 38 % der Hilfeempfänger sind vier Jahre und länger im Hilfebezug. Auch die unterschiedlichen Formen prekärer Beschäftigung erhöhen das Armutsrisiko der Betroffenen jeweils erheblich.

Dass ein derart hohes Armutsrisiko auch Folgen hinsichtlich der Armut in anderen Lebensbereichen hat, liegt auf der Hand. Arbeitslosigkeit wirkt nicht nur auf die unmittelbar betroffenen Personen, sondern auch auf ihre Familien. Sie wirkt über die materiellen Aspekte hinweg auf Psyche und Gesundheit deprivierend bis traumatisierend. Die Folge ist eine zunehmende Kumulation von Armutsrisiken.

Der Landesbericht über Armut und Reichtum belegt nicht nur das besondere Armutsrisiko, er weist auch nach, dass sich die Armutsdynamik verschärft hat. Mit dem Armutsrisiko steigt das Risiko, immer wieder oder gar dauerhaft in Armut leben zum müssen. Das Problem einer verfestigten Langzeitarbeitslosigkeit wird zum Problem einer generell verfestigten Armut.

Die grundlegenden **Ansätze zur Bekämpfung von Arbeitslosigkeit** sind eigentlich bekannt: Vermittlung, Qualifizierung und öffentlich geförderte Beschäftigung. Welcher dieser Ansätze jeweils die Priorität erhalten sollte, hängt im Einzelfall vor allem von der individuellen Dauer der Arbeitslosigkeit ab.

- **Das größte ungelöste Problem für die Arbeitsmarktpolitik ist die Langzeitarbeitslosigkeit.**

Das Problem der Langzeitarbeitslosigkeit betrifft alle Bundesländer. Aber während in Bundesländern mit einer hohen Arbeitslosenquote auch die Struktur der Langzeitarbeitslosen relativ heterogen ist, bildet sich bei einer positiven Arbeitsmarktentwicklung wie in Baden-Württemberg eine zunehmend verfestigte Langzeitarbeitslosigkeit heraus. Diese verfestigte Langzeitarbeitslosigkeit ist in allen Regionen Baden-Württembergs feststellbar, auch wenn die Arbeitslosenquoten zwischen 2,6% in Biberach und 6,8% in Pforzheim (März 2016) erheblich differieren.

Es gibt mittlerweile eine große Zahl an Arbeitslosen, die sich nach jahrelangen erfolglosen Bewerbungen, nach mehrfachen Bewerbungsschulungen und immer neuen Anforderungen der Jobcenter in einer Situation sehen, in der sie die Gestaltungshoheit über ihr Leben verloren haben.

¹ vgl.: Min. f. Arbeit und Sozillordnung, Familien, Frauen und Senioren Baden-Württemberg (Hg.), Erster Armuts- und Reichtumsbericht Baden-Württemberg, Stuttgart 2015, Kap. V.3

Dieser Verlust der „Selbstwirksamkeit“ hat zwangsläufig eine demotivierende und deprimierende Wirkung.

- Langzeitarbeitslose und ihre Familien befinden sich dauerhaft in derart prekären Lebenslagen, dass sie überaus krisengefährdet sind. Dies bedeutet nicht nur ein hohes Überschuldungsrisiko, sondern auch eine hohe gesundheitliche Gefährdung. Vor allem im psychischen Bereich drohen ihnen depressive Erkrankungen, und im physiologischen Bereich überdurchschnittlich stark Herz-Kreislauf-Erkrankungen. Im Sozialen gehen immer mehr Beziehungen und stützende Netzwerke verloren.

Dabei belegen aktuelle Studien:

- Die Arbeitslosen wollen arbeiten, Arbeit ist ihnen zum Teil wichtiger als den Menschen, die eine Erwerbsarbeit haben. Und deswegen setzen sie teilweise erhebliche Energien und Kompetenzen ein, um sich sinnvoll zu betätigen. Zunehmend gibt es Langzeitarbeitslose, die überhaupt keine Förderung durch die Jobcenter mehr bekommen, die aber trotzdem in die sozialen Beschäftigungseinrichtungen kommen, allein um sich den sozialen Kontakt, die Sinnerfahrung und die tagesstrukturierende Wirkung zu erhalten.

- **Arbeitslosenstatistik aus einer anderen Perspektive**

Stuttgart, 1. März 2017. Die Zahl der Arbeitslosen ist im Februar 2017 um 3.647 Personen oder 1,6 Prozent gesunken. Gegenüber dem Vorjahresmonat ist sie zwar um 8.319 Personen niedriger ausgefallen, dieser Rückgang ist jedoch gegenüber der Gesamtzahl von 230.021 Arbeitslosen in Baden-Württemberg relativ gering.

Auf dem Hintergrund, dass es insgesamt 109.900 Beschäftigte mehr als vor einem Jahr gibt (insgesamt 4.528.900), stellt man fest, dass sich die positive Entwicklung des Arbeitsmarkts nicht im Abbau der Arbeitslosigkeit niederschlägt. Insbesondere unter dem Aspekt, dass sich die Zunahme der Beschäftigtenzahl nahezu verdoppelt hat, ist die Auswirkung auf die Arbeitslosenzahl enttäuschend. Die Arbeitsmarktentwicklung lässt die Arbeitslosen zurück. Das Statistische Landesamt weist darauf hin (www.statistik-bw.de/Presse/Pressemitteilungen/2016351), dass die Zunahme der Beschäftigtenzahl auch darauf zurückzuführen ist, dass die durchschnittliche Arbeitszeit pro Beschäftigtem gesunken ist. Es arbeiten also mehr Menschen in Teilzeitarbeitsverhältnissen. Hinzu kommt, dass die Zahl der Arbeitssuchenden gegenüber dem Vorjahresmonat um 2,8 Prozent auf 421.643 Personen gestiegen ist. Die Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt wird größer.

Die Zahl der Unterbeschäftigten – derer, die krank oder in Maßnahmen, aber eigentlich auch arbeitslos sind, fällt mit 317.041 deutlich höher aus als die der registrierten Arbeitslosen. Gerade diese Zahl steigt gegenüber dem Vormonat (2.796) wie auch gegenüber dem Vorjahresmonat (12.881).

Der Bericht der Arbeitsagentur weist aus, dass im Februar zwar 72.008 Personen ihre Arbeitslosigkeit beendeten, aber nur 20.593 Personen aus der Arbeitslosigkeit in eine Erwerbs-tätigkeit übergehen konnten. Nur 13,4 Prozent derjenigen, die aus dem SGB II, also dem Bezug von Hartz-IV-Leistungen, heraus ihre Arbeitslosigkeit beendeten, konnten eine Erwerbstätigkeit beginnen. Von den SGB-III-Empfängern, die aus der (Kurzzeit-)Arbeitslosigkeit abgingen, waren das immerhin 41,2 Prozent. Insgesamt hat der Anteil derjenigen abgenommen, die aus der Arbeitslosigkeit heraus eine Erwerbstätigkeit aufnehmen können.

Der Bestand an offenen Stellen beträgt 93.278, 4.763 mehr als im Vormonat, aber dennoch kommen auf jede gemeldete offene Stelle immer noch rechnerisch ungefähr 2,5 Arbeitslose.

Die Zahl der Beschäftigung schaffenden Maßnahmen ist gegenüber dem Vormonat um 163 und gegenüber dem Vorjahresmonat um 281 auf jetzt 4.283 Plätze gestiegen. Diese Zahl ist gegenüber einer Gesamtzahl von 65.398 Langzeitarbeitslosen mehr als ungenügend und die Ausrichtung der Arbeitsmarktmaßnahmen auf Qualifizierung anstelle von öffentlich geförderter Beschäftigung ist angesichts der Struktur der Arbeitslosigkeit eine falsche Schwerpunktsetzung.

Die Zahl der Menschen, die von Hartz-IV-Leistungen leben – die Arbeitslosen im Rechtskreis SGB II und ihre Angehörigen – ist im Jahresverlauf deutlich um 27.521 auf 459.414 Menschen gestiegen. Allein die Zahl der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten beträgt 329.521 und damit 18.102 mehr als vor einem Jahr. Diese Entwicklung ist deutlich negativer als die der reinen Arbeitslosenzahlen. Scheinbar gelingt es den Menschen selbst bei Aufnahme einer Arbeit nicht, sich aus der Hilfebedürftigkeit zu befreien. Dieser Trend nimmt zu.

Die Verfestigung der Langzeitarbeitslosigkeit zeigt sich unverändert an der durchschnittlichen Dauer der Arbeitslosigkeit für Langzeitarbeitslose, die im SGB-II-Bereich jetzt bei 583 Tagen liegt, einem Tag mehr als im Vormonat und sogar 16 Tage mehr gegenüber dem Vorjahresmonat. Demgegenüber beträgt die Dauer der Arbeitslosigkeit im SGB III, der Kurzeitarbeitslosen, nur durchschnittlich 159 Tage und ist gegenüber dem Vorjahresmonat um 12 Tage gesunken.

Nach einem Bericht des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (KB 4/2016) werden nur noch 14 Prozent aller Stellen-besetzungen über die Agenturen für Arbeit abgewickelt. Was die Agenturen und Jobcenter als ihr Kerngeschäft reklamieren, findet weitestgehend ohne sie statt.

- **Das zentrale Instrument zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit ist die öffentlich geförderte Beschäftigung.**

Zwischen allen Wohlfahrtsverbänden, den kommunalen Spitzenverbänden und in der gesamten Fachöffentlichkeit besteht ein übergreifender Konsens, dass die öffentlich geförderten Beschäftigung das herausragende Instrument zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit darstellt. Auch die Bundesagentur für Arbeit hat sich in einer gemeinsamen Pressemitteilung mit den kommunalen Spitzenverbänden vom 29. Februar 2016 dieser Einschätzung angeschlossen. Bereits im Februar 2014 hatte die Regionaldirektion Baden-Württemberg der Bundesagentur für Arbeit geschätzt, dass bis zu 25.000 Arbeitslose kaum noch Chancen auf eine Integration in den allgemeinen Arbeitsmarkt haben. Die langfristigen Trends belegen, dass die bisherigen Instrumente zum Abbau der Langzeitarbeitslosigkeit nicht ausreichend greifen.

Die einzelnen Verbände haben auf der Grundlage des Verbandsübergreifenden Konsenses lediglich unterschiedliche Schwerpunkte hinsichtlich der von ihnen vertretenen Konzepte. Für die Personen, die vom allgemeinen Arbeitsmarkt besonders weit entfernt sind braucht es Integrationsjobs, die vor allem tagesstrukturierende Bedeutung haben. Personen mit einer arbeitsmarktnahen Beschäftigungsfähigkeit können bei den Beschäftigungsunternehmen und Einrichtungen der Wohlfahrtsverbände beschäftigt und hier auch weiter gefördert werden. Für Langzeitarbeitslose, die aufgrund ihrer persönlichen Voraussetzungen direkt im allgemeinen Arbeitsmarkt platziert werden können, muss das Instrument der öffentlich geförderten Beschäftigung in Privatunternehmen mit einer begleitenden Unterstützung ausgebaut werden, damit die Arbeitsmarktintegration auch nachhaltig entwickelt werden kann. - Das Konzept eines inklusiven Arbeitsmarktes mit spezifischen

Angeboten für alle Zielgruppen reicht von der Teilhabe an Arbeit bis hin zur Integration in den Arbeitsmarkt.

Die Informationen über die Struktur der Langzeitarbeitslosen, dass 50% von ihnen keine oder nur geringe Bildung und Qualifikationen besitzen und das Wissen über ihre prekäre und bedrohte Lebenssituation, dass sie häufig gesundheitlich eingeschränkt und psychisch demotiviert sind, führen zwangsläufig zu den Konsequenzen:

- Die Menschen brauchen einen stabilen Rahmen und eine Perspektive statt Prekarität und befristete Maßnahmen.
- Statt Langzeitarbeitslose in aussichtslose Bewerbungen und erfolglose Aktivierungs- und Qualifizierungsmaßnahmen zu treiben ist es viel aussichtsreicher, einen stabilen Sektor öffentlich geförderter Beschäftigung zu organisieren.
- Öffentlich geförderte Beschäftigung lässt sich durch Maßnahmen von an beruflicher Praxis orientierten Qualifizierungen und Unterstützungsmaßnahmen ergänzen, so dass Übergänge in den allgemeinen Arbeitsmarkt organisiert werden.

- **Passiv-Aktiv-Transfer macht öffentlich geförderte Beschäftigung finanzierbar.**

Es zeigt sich immer deutlicher, dass Langzeitarbeitslose und ihre Familien ohne öffentlich geförderte Beschäftigung keine Chance mehr zur Teilhabe und zur Integration in Arbeit bekommen. Die Verbände und Träger der Hilfen für arbeitslose Menschen fordern dies seit Langem und haben mit dem Passiv-Aktiv-Transfers ein realistisches Finanzierungskonzept vorgelegt, während die Bundesregierung trotz positiver wirtschaftlicher Rahmenbedingungen die Möglichkeit zu Handeln verpasst.

Hinsichtlich der Finanzierung der öffentlich geförderten Beschäftigung vertreten die Wohlfahrtsverbände und arbeitsmarktpolitischen Experten gemeinsam das Konzept des Passiv-Aktiv-Transfers (PAT), nach dem die für den Bereich der Regelleistungen aufzubringenden Gelder haushaltsrechtlich als deckungsfähig zu den Eingliederungsleistungen erklärt werden. Mit dieser haushaltsrechtlichen Maßnahme ist es möglich einen erheblichen Anteil des Finanzierungsbedarfs einer Beschäftigungsmaßnahme durch die Mittel zu generieren, die bereits im System sind und ohnehin verausgabt werden müssen. Darüber hinaus müssen die Beschäftigungsmaßnahmen von den Bedingungen der Zusätzlichkeit, des öffentlichen Interesses und der Wettbewerbsneutralität befreit werden, damit die restlichen Arbeitskosten am Markt erwirtschaftet werden können.